

Anke Strüver

Politik auf der Straße. Die spanischen Munizipalisten

Was steckt hinter dem Konzept des Munizipalismus?

Die so genannten (neuen) Munizipalisten sind Bürger*innen-Plattformen aus sozialen Bewegungen, die (vor allem in Spanien) in die Kommunal- bzw. Stadtregierungen eingezogen sind. Derzeit werden Madrid und auch Barcelona von linken Bürgermeisterinnen regiert, die vorher als stadtpolitische Aktivistinnen engagiert waren und die weite Teile der Regierungsarbeit und -inhalte umgebaut haben. Munizipalistische Zusammenflüsse, so genannte *Confluencias*, verstehen sich als *lokale* Alternativen zu den *nationalen* Wahlkämpfen; sie basieren auf lokalen Kollaborationen von Initiativen, Recht-auf-Stadt- und anderen sozialen Bewegungen und auch einzelnen Akteur*innen, die aus Unzufriedenheit über die lokale Regierung und ihre jeweilige Politik im Vorfeld der spanischen Gemeindewahlen für Mai 2015 im Juni 2014 entstanden sind. Es handelt sich dabei um „Zusammenflüsse, die auf dem Terrain der Stadt kleine soziale Revolutionen anzettelten“ (Brunner, et.al. 2017: 7) und die das Lokale, das direkte soziale und räumliche Lebensumfeld eines Stadtteils zum Ausgangspunkt und zum Gegenstand ihrer politischen Visionen und Forderungen nehmen.

Wie entwickelten sich die von dir genannten neuen Munizipalisten historisch?

Gesellschaftlicher Kontext der Entstehung der Munizipalisten in Spanien waren die zahlreichen Krisenphänomene des neoliberalen Kapitalismus und seiner Auswüchse: die Finanzkrise, die Durchsetzung von verschiedenen Formen von Austeritätspolitik, die zunehmende Privatisierung und Deregulierung der städtischen Infrastrukturen, die Vermarktung des Prinzips Unternehmerische

Stadt im internationalen Wettbewerb sowie der gesamte neoliberale Umbau ehemaliger wohlfahrtstaatlicher Säulen der Daseinsvorsorgen im Allgemeinen und der Bereiche Arbeiten, Wohnen, Bildung, Gesundheit und soziale Integration im Besonderen. „Vorläufer“ der municipalistischen Bewegungen in Spanien waren unter anderem die so genannten 15-M-Massendemonstrationen (am 15. Mai 2011) und diverse Formen von Platzbesetzungen (in Anlehnung bzw. Fortführung an die Bewegungen des Arabischen Frühlings oder auch der Occupy Wallstreet Bewegung), die zur Einrichtung von Dauerzeltlagern, Aufbau von provisorischen urbanen bzw. kommunalen Gärten, Volkküchen, Freifunk- und Computernetzwerken etc. in unterschiedlichen spanischen Städten geführt hatten und die das Prinzip der Commons sowie das Motto der „radikalen Inklusion“ praktizierten (unter anderem, um sich gegen die Individualisierung von Prekarisierung aufzustellen).

Inwiefern drücken sich im Munizipalismus radikal-demokratische Ideen aus?

Das Ziel des Munizipalismus ist eigentlich nicht die Übernahme der Institutionen durch die Bewegung, sondern die Entwicklung neuer politischer Praktiken und Prozesse, die (langfristig) auch translokal funktionieren sollen. Eines der Prinzipien municipalistischen Wissens und Vorgehens ist, dass es lokal generiert wird, horizontal diskutiert und ggf. translokal bzw. transnational weiterentwickelt wird. Im Falle des Einzugs in die Stadtregierungen kann auf diese Weise lokales und damit konkretes Wissen über nachbarschaftliche Probleme berücksichtigt werden (hier wird in der Anwendung bspw. direkt auf den feministischen Ansatz des situierten Wissens rekurriert -- in Abgrenzung zu universellem und universalisiertem Wissen). Zudem können lokale Akteur*innen und Expert*innen in die Regierung und/oder die Umsetzung der Regierungspolitik einbezogen werden. Ein weiteres grundlegendes Prinzip der municipalistischen Bewegungen ist der Versuch, Politik nicht als Herrschafts-, sondern

als Sorge-Verhältnis zu praktizieren: Ziel ist eine radikal-partizipative (statt repräsentative) Demokratie und „die kommunale bzw. municipale politische Ebene ist nicht länger *Adressat* politischer Forderungen, sondern wird Teil einer sozialen Bewegung“ (Vollmer 2017: 148). Die Krise der repräsentativen Demokratie beinhaltet daher auch eine Krise des gesellschaftlichen wie politischen Subjekts.

Vor welchen Herausforderung stehen die neuen Munizipalisten in Spanien aktuell? Welche Erfolge konnten gefestigt werden? Gibt es Entwicklungen, die du kritisch siehst?

Der Einzug der munizipalistischen Bewegung in die Gemeinderegierungen von Madrid, Barcelona, Valencia, Zaragoza, A Coruña, Cádiz, Santiago, Pamplona und einigen mehr war begleitet von dem Versuch, Alternativen zur klassischen Parteipolitik auf Grundlage der Beteiligung von Bewegung am lokalen Staat zu praktizieren. Stadtpolitisch konzentrierten sie sich bspw. in Barcelona darauf, Wohnraum zu schaffen und zu erhalten – u.a. durch die Bekämpfung der fortschreitenden touristischen Vermarktung der Stadt (Touristification, airbnb-Tourismus). Die Bürgerplattform *Barcelona en Comú* hat im Mai 2015 die Kommunalwahlen gewonnen und stellt dort seitdem eine Minderheitsregierung, die versucht, Alternativen zum neoliberalen Stadtregieren zu praktizieren. Gerade Barcelona gilt allerdings auch als Beispiel für eine munizipalistische Bewegung, die im Zuge der Regierungsbildung und -beteiligung ihre radikaldemokratischen Prinzipien nicht umsetzen konnte. (Vgl. Zelik 2017) Zwar ist dort mit Ada Colau eine Frau Bürgermeisterin, die aus der wohnungspolitischen Recht auf Stadt-Bewegung kommt und die über die munizipalistischen Wahllisten in die Regierung gewählt worden ist, doch muss sie mit der Sozialistischen Partei Katalonien (PSC) koalieren, die verantwortlich für die bisherige neoliberale Stadtentwicklungspolitik war.

Raul Zelik fasst die (Miss-)Erfolge der linken Stadtregierung in Barcelona unter Beteiligung der munizipalistischen Bewegungen folgendermaßen zusammen: „Man hat nach langen Verhandlungen einen Haushalt verabschieden können, der die Sozialausgaben erhöht, man hat ein Programm zur Förderung von Genossenschaften aufgelegt und treibt zudem eine feministische Gleichstellungspolitik voran. Man hat darüber hinaus die Umwidmung von Wohnungen in Ferienapartments und teure Prestigeprojekte (zumindest vorübergehend) gestoppt. Ein Wohnungsbauprogramm und neue Formen der Bürgerbeteiligung sind in Vorbereitung. Außerdem hat sich Barcelona zur Refugee-Welcome-Stadt erklärt – was allerdings eher symbolischen Charakter hat, weil bislang nur wenige Dutzende Kriegsflüchtlinge aus Syrien und andern Ländern im spanischen Staat angekommen sind.“ (Zelik 2017)

Die munizipalistische Bewegung als Teil der aktuellen Regierung scheint das gleiche Problem zu haben wie anderen Formen institutioneller Politik: sie vermag konkrete Veränderungen nur schwer umzusetzen, sondern bedarf dafür der Selbstorganisation und Mobilisierung der lokalen Bevölkerung. D.h. durch die Institutionalisierung in der Regierung scheint (vorerst) die gegenhegemoniale Kraft ihrer Sozial- und Wirtschaftskritik an Bedeutung und Einfluss verloren zu haben.

Abschließend für dieses kurze Interview sei dennoch ein eher positives Beispiel für den Einfluss der *Confluencias* als Teil der aktuellen Regierung in Barcelona erwähnt, nämlich die Reformulierung der Smart City Politik von einer rein technologieoptimierenden und unternehmensorientierten Strategie hin zu einer Politik, die die technologische Souveränität der Bewohner*innen weit über bzw. vor die Technologieoptimierung der Stadt stellt. Mit dem Motto „Recht auf digitale Stadt“ wurden seit der Regierungsbeteiligung und der Anstellung von Francesca Bria als Technologieexpertin durch Ada Colau zum Beispiel zahlreiche Data

Commons und offene Plattformen für die Verwaltung und die Analyse städtischer Daten verpflichtend eingeführt. Zwar werden auch einige der bisherigen Projekte zu urbanen digitalen Infrastrukturen weitergeführt – doch eher als Instrumente für eine Demokratisierung der Stadt. Zu dem in Anlehnung an Lefebvre formulierten Motto „Recht auf digitale Stadt“ gehört vor allem die Entwicklung von Alternativen zur kapitalistischen Nutzung digitaler Technologien – neben den Infrastrukturen also auch digital unterstützte Interaktionen zur demokratischen Partizipation und Kollaboration. (Vgl. Morozov/Bria 2017; Bauriedl/Strüver 2018)

Das Gespräch führte Markus Gönitzer.

Literatur:

- Brunner, Christoph; et.al. (Hg.) (2017): Die neuen Munizipalisten. Soziale Bewegung und die Regierung der Städte, Wien.
- Vollmer, Lisa (2017): Keine Angst vor Alternativen. Ein neuer Munizipalismus., In: sub\urban. zeitschrift für kritische stadtforschung, 5(3), S. 147-156.
- Zelik, Raul (2017): Rebellische Städte – Erfolg oder Frust? In: Luxemburg. Gesellschaftsanalyse und linke Praxis. (<https://www.zeitschrift-luxemburg.de/rebellische-staedte-erfolg-oder-frust>)
- Morozov, Evgeny/Bria, Francesca (2017): Die Smarte Stadt neu denken. (<https://www.rosalux.de/publikation/id/38134/die-smarte-stadt-neu-denken>)
- Bauriedl, Sybille; Strüver, Anke (Hg.)(2018): Kritische Perspektiven auf die Digitalisierung in Städten, Bielefeld.